

Leitartikel

Langsames Erwachen

Die Konferenz in Lima weckt Hoffnung, dass die Welt endlich auf den Klimawandel reagiert.

Nun also Lima. Zum 20. Mal eine globale Klimaversammlung mit Verhandlungen bis in die frühen Morgenstunden – und am Ende wird wohl wieder die Uhr angehalten, damit sich die Länder mit ihren widerstreitenden Interessen doch noch einigen können. Solche Rituale gehören dazu, genauso wie die Enttäuschung über die Ergebnisse.

Und diesmal? Sieht es besser aus, denn es hat sich etwas verändert. Die beiden Weltmächte China und USA, die sich bisher mit imperialer Arroganz gegen ernsthafte Verpflichtung auf Klimaziele gesträubt haben, sind dabei, sich zu besinnen. Dazu kommt, dass die Finanzindustrie die grüne Energie entdeckt. Die Erkenntnis, dass sich das Klima gewandelt hat und rasant weiterwandelt, könnte zu Konsequenzen führen, die ohnehin überfällig sind.

Nie zuvor in den vergangenen 10 000 Jahren Erdgeschichte ist die globale Durchschnittstemperatur so stark und so schnell angestiegen wie seit Beginn der Industrialisierung: um 0,8 Grad. Bis Ende dieses Jahrhunderts wird es wahrscheinlich um mehr als zwei Grad wärmer werden. Dass die Auswirkungen dramatisch sind, ist unumstritten.

Die Erwärmung der Meere, die schmelzenden Eiskappen an den Polen, die Häufung der Wirbelstürme hat die Welt bislang schicksalsergeben hingenommen. Auf wiederkehrende Überflutungen und andere Verheerungen in Mitteleuropa antworten die Regierungen mit Händeringen und Milliarden Euro für den Wiederaufbau. Anders als in Bangladesch, auf den Philippinen oder den Südseeinseln steht im Westen das Geld dafür – noch – zur Verfügung.

In Lima geht es jetzt darum, ob die Welt wirklich bereit ist, Folgerungen aus dem Klimawandel zu ziehen. Das Ziel ist ein Abkommen, das dann Ende 2015 in Paris verabschiedet wird. Bis dahin sollen alle großen Länder offenlegen, wie viel an Treibhausgasen sie ab 2021 einsparen wollen. Dazu soll es ein Regelwerk geben, damit die CO₂-Mengen zum Beispiel in der Strom erzeugenden Industrie oder im Verkehrswesen transparent werden und die Daten verschiedener Länder miteinander verglichen werden können.

Ohne Konflikte geht diese Verpflichtung auf neue Maßstäbe natürlich nicht ab. In Deutschland lässt sich momentan beobachten, wie Lobbygruppen darauf aus sind, das Tempo der Energiewende zu verlangsamen.

Doch solchen Interessengruppen gehen gerade ein paar Argumente aus, weil die Regierungen in Amerika und China

ihre Haltung ändern. Die USA haben vor, im Jahr 2025 bis zu 28 Prozent weniger Treibhausgase zu emittieren als 2005. Das ungeheuer energiehungrige China will spätestens 2030 die Wende einleiten.

Jede Großmacht hat ihre eigenen Gründe. Amerika fällt das Mindern nicht mehr so schwer, weil das durch Fracking gewonnene Gas preiswerter und emissionsärmer ist als Öl. In Chinas Großstädten leiden die Menschen unter der enormen Luftverschmutzung. Die kommunistische Führung hat offenbar eingesehen, dass der Aufstieg zur Wohlstandsnation auch davon abhängt, wie es um die Lebensqualität in den Metropolen bestellt ist.

Zusätzlicher Druck zur Abkehr von fossiler Energie kommt von unerwarteter Seite: von der Finanzwelt. Seit mehr als 20 Jahren befasst sich zum Beispiel die Münchener Rück, eine der weltweit führenden Rückversicherungsgesellschaften, mit dem Klimawandel. Sie konnte früher als Konkurrenten oder Regierungen beziffern, was der industrielle Ausstoß an Schadstoffen die Welt kostet. Nun werden die Daten als Begründung für einen Verhaltenswandel herangezogen.

Sollte nach Lima der Energiesektor wirklich schärfer reguliert werden, dann dürften die Aktien von Öl- und KohleKonzernen fallen. Tatsächlich beginnen große Fonds und Stiftungen schon jetzt damit, ihre Investitionen aus fossilen Energieunternehmen abzuziehen.

So hat die amerikanische Rockefeller-Stiftung angekündigt, dass sie sich nicht länger an Öl- und Gasunternehmen beteiligen wird. Außerdem warf der ehemalige BP-Chef Lord John Browne vor wenigen Tagen seiner alten Branche vor, dass sie den Klimawandel nicht ernst genug nehme. Nur ein paar Unternehmen hätten begriffen, dass ihr Geschäftsmodell keine Zukunft habe.

Dass der Markt auf Veränderungen reagiert, ist gut, aber der Markt allein wird es nicht richten. Ohne politische Flankierung, ohne Ordnungsrahmen der Regierungen, ohne verbindliche Vereinbarungen gibt es keinen Wandel.

Das gilt auch für Deutschland. Deutschland ist, global betrachtet, unter den Emittenten nur ein Zwerg. Aber Deutschland hat Erfahrung mit dem Schutz der Lebenswelt. Nun hat die Regierung bekräftigt, dass die Industrie bis 2020 mindestens 40 Prozent weniger Treibhausgase (im Vergleich zu 1990) ausstoßen soll. Das ist das ehrgeizigste Ziel, das ein großes Industrieland anstrebt.

In Lima können sie gern die Uhren wieder anhalten, aber nur, wenn diesmal das Ergebnis stimmt.

Smog in der nordchinesischen Stadt Shenyang

